



Bundesamt für
kerntechnische
Entsorgungssicherheit

| Projekt | PGP-Element | Aufgabe | UA | Lfd.-Nr. | Rev. |
|---------|-------------|---------|----|----------|------|
| 9A | 65221000 | DA | AY | 1330 | 00 |

B 278.1570

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Willy-Brandt-Straße 5

38226 Salzgitter

Ihre Nachricht: SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0037

SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0040

SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2017 #0004

Mein Zeichen: KE 5 - 9A 9160/2-669

Datum: 11.12.2017

TEL +49 3018 333

FAX +49 3018 333

✉ info@bfe.bund.de

📧 info@bfe.de-mail.de

www.bfe.bund.de

Schachtanlage Asse II

Ablehnung des Antrags auf Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung 037/2016 „Radiologische Messstellen bei Betrieb des Hauptgrubenlüfter und der Ersatzlüfterbatterie als Redundanz zum Hauptgrubenlüfter“

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 15.06.2017 /1/ erteile ich folgenden Bescheid:

I. Entscheidung

Hiermit lehne ich den Antrag auf Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung (MzÄ) 037/2016 „Radiologische Messstellen bei Betrieb des Hauptgrubenlüfter und der Ersatzlüfterbatterie als Redundanz zum Hauptgrubenlüfter“ ab.

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ BGE/SE 6.1, Az. SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0037, SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2016 #0040, SE 6.1 / 9A 65221000 2 – 2017 #0004, Schachtanlage Asse II, Übergabe Mitteilung zur Änderung, vom 15.06.2017.
- /2/ BGE/SE 6.1, Mitteilung zur Änderung, BGE-KZL 9A/65221000/DA/AY/1257/00, Stand 07.06.2017, vorgelegt mit /1/.

Postadresse: Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, c/o BMUB, 11055 Berlin

Zustell- und Lieferadresse: Stresemannstraße 128-130, 10117 Berlin; Besucheradresse: Krausenstraße 17-18, 10117 Berlin

Verkehrsbindung: Potsdamer Platz, S-/U-Bahn: S1, S2, U2, Bus: 200, M41, M48

Zweiter Dienstsitz: Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter





Seite 2 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-669 vom 11.12.2017

- /3/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 037/2016, BGE-KZL 9A/65221000/DA/BE/2031/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0560/00, Stand 20.04.2017, vorgelegt mit /1/.
- /4/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff „Schachtanlage Asse II: MzÄ 037/2016, 040/2016, 004/2017“, vom 16.08.2017.
- /5/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff: „Re: Schachtanlage Asse II: MzÄ 037/2016, 040/2016, 004/2017“, vom 29.08.2017.
- /6/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2010 – für den Umgang mit radioaktiven Stoffen gem. § 7 StrlSchV des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 08.07.2010.
- /7/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2011 – für den Umgang mit Kernbrennstoffen gem. § 9 AtG des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 21.04.2011.
- /8/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 2/2016 – Ertüchtigung des Probenentnahmesystems im Fortluftstrom gemäß § 7 Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 22.03.2016.
- /9/ BfS, Vorgehen bei Änderungen – Schachtanlage Asse II – Qualitätsmanagementverfahrensanweisung QMV 04.3, BfS-KZL 9X/115200/CA/JH/0036/02, Stand 11.08.2014.
- /10/ Asse-GmbH, Dienstanweisung Hauptbewetterungseinrichtung, BGE-KZL 9A/62240000/JB/JD/0005/00, Asse-KZL 9A/62240000/WET/WE/DA/0002/01, Stand 11.04.2017, vorgelegt mit /1/.
- /11/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 038/2013, BfS-KZL 9A/65221000/DA/BE/0931/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0246/01, Stand 25.06.2013.
- /12/ BfS/EÜ, Zustimmung zur MzÄ 038/2013, Az. EÜ-9A 9160/2-277, vom 19.09.2013.
- /13/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 008/2017, BfS-KZL 9A/65221000/DA/BE/2002/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0587/00, Stand 10.03.2017.



Seite 3 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-669 vom 11.12.2017

- /14/ BfE/KE5, Zustimmung zur MzÄ 008/2017, Az. KE 5 - 9A 9160/2-658, vom 08.05.2017.
- /15/ Asse-GmbH, Schachtanlage Asse II – Arbeitsanweisung Sonderbewetterung, BfS-KZL 9A/13236000/CA/J/0006/05, Asse-KZL 9A/55110000/SON/LA/DA/0009/09, Stand 29.07.2016.
- /16/ Asse-GmbH, Alarmplan, BfS-KZL 9A/60000000/N/JE/0002/03, Asse-KZL 9A/61000000/RWN/NC/LA/0002/04, Stand 18.11.2016.
- /17/ Asse-GmbH, Wetterführungs- und Feuerlöschplan der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/62240000/GV/WF/0001/03, Asse-KZL 9A/65200000/RWN/NC/RV/0001/02, Stand 04.01.2017.
- /18/ Asse-GmbH, STS-FAW-020 – Routinemäßige Überwachung der Grubenwetter in der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/65153000/LG/BT/0003/01, Asse-KZL 9A/65151000/01STS/LG/DF/0001/01, Stand 10.01.2014.
- /19/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff: „Schachtanlage Asse II: Entwurf der Ablehnung zur MzÄ 037/2016“, mit Anhang /18/, vom 27.09.2017.
- /20/ BfE/KE 5, Ablehnungsentwurf zum Bescheid KE 5 – 9A 9160/2-669, vom 27.09.2017, vorgelegt mit /19/.
- /21/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff: „Fristverlängerung Anhörung Ablehnungsentwürfe MzÄ 037/2016 und 004/2017“, vom 04.10.2017.
- /22/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff: „Re: Fristverlängerung Anhörung Ablehnungsentwürfe MzÄ 037/2016 und 004/2017“, vom 05.10.2017.
- /23/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff: „Stellungnahmen Ablehnungsbescheide MzÄs 037/2016 und 004/2017“, mit Anhängen /22, 23/, vom 13.11.2017.
- /24/ BGE/SE 4.3.2, Vermerk, Az. 9A/65221000/DA/BV/0337/00/B2767956, Stand 09.11.2017, Anhang von /21/.
- /25/ Asse-GmbH, „Stellungnahme Asse GmbH MzÄ 037_2016 und 004_2017“, Anhang von /21/.



Seite 4 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-669 vom 11.12.2017

/26/ Asse-GmbH, Liste der WKP-Lüfter der Asse GmbH mit Angabe der Mindestvolumenströme, BfS-KZL 9A/62240000/LBC/TK/0002/02, Asse-KZL 9A/62240000/WET/WA/LB/0001/03, Stand 29.03.2017.

II. Begründung

Mit Schreiben /1/ beantragt der Betreiber die Zustimmung der atomrechtlichen Aufsicht zur Mitteilung zur Änderung 037/2016 „Radiologische Messstellen bei Betrieb des Hauptgrubenlüfter und der Ersatzlüfterbatterie als Redundanz zum Hauptgrubenlüfter“ /2, 3/.

Zum Entwurf meines Ablehnungsbescheids vom 27.09.2017 /18/ nahm der Betreiber am 13.11.2017 Stellung /23, 24, 25/ und stimmte dem Ablehnungsentwurf weitestgehend zu.

Nach §§ 23d Nr. 2 i.V.m. 19 Abs. 5 AtG ist das BfE als atomrechtliche Aufsichtsbehörde zuständig für die Aufsicht über Anlagen des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG und die Schachtanlage Asse. Ihr obliegt damit als Nachfolger der Endlagerüberwachung des BfS die Prüfung der Einhaltung der atom- bzw. strahlenschutzrechtlichen Genehmigungen sowie der geltenden Erlasse.

Der Antragsgegenstand der MzÄ 037/3016 ist nicht klar erkennbar. Ausweislich des Titels der MzÄ „Radiologische Messstellen bei Betrieb des Hauptgrubenlüfter und der Ersatzlüfterbatterie als Redundanz zum Hauptgrubenlüfter“ sind von dem Änderungsverfahren radiologische Messstellen betroffen. In Kapitel 1.2 von /3/ wird jedoch ausgeführt, dass der dauerhafte Verbleib der Ersatzlüfterbatterie als redundantes Bewetterungssystem zum Hauptgrubenlüfter (HGL) „genehmigt“ werden solle. Die atomrechtliche Aufsicht erteilt im Rahmen von Änderungsverfahren keine Genehmigungen. Aufgrund der weiteren Ausführungen, beispielsweise in Kapitel 2, ist jedoch zu vermuten, dass auch der dauerhafte Verbleib der Ersatzlüfterbatterie sowie der temporär verlegten Luttenleitung der Radonbohrung antragsgegenständlich sein sollen. Diese Annahme habe ich meiner Prüfung zugrunde gelegt.

Meine Prüfung hat ergeben, dass die mit /1/ vorgelegten Unterlagen zur MzÄ 037/2016 /2, 3/ Mängel enthalten. Nachfolgend wird beispielhaft aufgezeigt,

dass die Unterlagen teilweise a) unvollständig, b) nicht nachvollziehbar sowie c) fehlerhaft sind.

a) Beispiele für Unvollständigkeit

Mit der MzÄ /3/ werden keine weiteren Unterlagen eingereicht, welche die Hauptbewetterungseinrichtung und die damit im direkten Zusammenhang stehenden Einrichtungen in ihrer Gesamtheit beschreiben. Daher sind die systemrelevanten Informationen in dieser Unterlage übersichtlicher und umfassender darzustellen und zu dokumentieren. Dazu gehören beispielsweise Informationen zu den Wettertoren/der Wetterschleuse, Betriebszuständen, dem Messdatenerfassungssystem, den Signalisierungseinrichtungen, den Schaltvorrichtungen am Y-Stück der Luttenleitung etc. Der Verweis auf die Unterlage „Dienstweisung Hauptbewetterungseinrichtung“ /10/ in Kapitel 1.3 von /3/ reicht nicht aus, da diese Unterlage die operative Steuerung regeln soll.

Aufgrund der geplanten Änderungen sind weitere als die in Kapitel 3 und 5 von /3/ aufgeführten Unterlagen anzupassen (Beispiele: Arbeitsanweisung Sonderbewetterung /15/, Alarmplan /16/, Wetterführungs- und Feuerlöschplan /17/ etc.). Auch in den Genehmigungen /6, 7, 8/ und deren Genehmigungsunterlagen wird nicht von einem redundanten System zum Hauptgrubenlüfter ausgegangen (z.B. in Auflage 10 aus /7/). Eine Aussage zum Umgang mit diesen Unterlagen fehlt.

In Kapitel 1.3 wird festgestellt: „Der Betrieb beider Systeme gleichzeitig ist nicht gestattet und nicht möglich, [...]“. Eine Begründung, weshalb der gleichzeitige Betrieb nicht möglich ist, fehlt.

In Kapitel 2 werden Soll- und Betriebswerte erwähnt. Es fehlen jedoch die Angaben, in welchen Unterlagen diese Werte dokumentiert sind.

Dazu erklärt der Antragsteller in /24/, dass die diesbezüglichen Ausführungen in /3/ ausreichend seien, da der Zweck der Radonbohrung darin bestünde, die Abführung potentiell radiologischer Abwetter sicherzustellen. Der hierfür festgelegte Mindestvolumenstrom sei in der Unterlage /26/ festgelegt.

In der genannten Unterlage ist zwar der Mindestvolumenstrom festgelegt, nicht jedoch die Betriebswerte für die Lüfter der Radonbohrung, welche an der Steuereinheit einzugeben sind. Da abhängig vom gewählten Wetterweg der Radonbohrung unterschiedliche Werte einzustellen sind, ist in /3/ zu ergänzen, in welchen Unterlagen diese Werte dokumentiert sind.



b) Beispiele für mangelnde Nachvollziehbarkeit

Nicht nachvollziehbar sind die Aussagen bezüglich der Messstellen MP-RE 490 006 und MP-RE 490 007 in /3/. Gemäß Verfahren zur MzÄ 038/2013 /11, 12/ sollten diese Messstellen dauerhaft hinter dem Hauptgrubenlüfter eingerichtet werden. Für die Dauer der Umbaumaßnahmen am Hauptgrubenlüfter sollten diese Messstellen in den Bereich hinter der Ersatzlüfterbatterie verlegt werden (vgl. Blätter 7 und 8 in /11/). Gemäß Kapitel 1.1 „Darstellung des genehmigten Zustands (Ist-Zustand)“ in /3/ befinden sich die Messstellen im Pumpenraum des Hauptgrubenlüfters. Dieser Zustand stimmt nicht mit der zugestimmten Änderung /12/ überein. Zudem fehlt eine Regelung, welche Messstellen künftig bei Betrieb der Ersatzlüfterbatterie als Ersatz für MP-RE 490 006 und MP-RE 490 007 dienen sollen.

Die Ausführungen in Kapitel 2 von /3/ sind weder schlüssig noch vollständig. Beispielsweise folgt auf den Satz „Auswirkungen auf andere Anlagenteile oder Betriebsweisen sind nicht ersichtlich [...]“ eine Beschreibung ebensolcher Auswirkungen. Diese Beschreibung ist zudem im Kontext oft nicht nachvollziehbar. Beispiel: „Eine Auswirkung auf die Faktenerhebung besteht bei Ausfall der Radonbohrung. Zur Reduzierung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Faktenerhebung wird die Redundanz der Anlage gebaut.“

Gemäß /13, 14/ sollen die Abwetter der MAW-Kammer gefasst, und mittels Sonderbewetterungseinrichtung dem Hauptgrubenlüfter oder der Ersatzlüfterbatterie, je nachdem welche Maschine betrieben wird, zugeführt werden. Der Wechsel der Abwetterrichtung soll über ein Y-Stück erfolgen. In /3/ fehlt eine Beschreibung der Auswirkungen auf die Leitung der Abwetter aus der MAW-Kammer.

Weiterhin geht aus der MzÄ nicht eindeutig hervor, welche Anlagenteile zur Hauptbewetterungseinrichtung gehören. Die Aussage in Kapitel 1.2 „Die gesamte Einrichtung soll unter dem Begriff Hauptbewetterungseinrichtung (HBE) geführt werden.“ ist, insbesondere im Kontext, nicht eindeutig.

In den Kapiteln 1.1 und 1.2 ist der Antragsgegenstand aufgrund der unpräzisen Formulierungen nicht klar erkennbar. Beispiele: „Folgendes Vorgehen ist [...] angedacht.“ oder „Die mit MzÄ 081/2016 [...] nach Zustimmung beantragen Änderungen zu Messstellen [...].“ Es muss klar zwischen Antragsgegenstand und ergänzenden Hinweisen unterschieden werden können.



c) Beispiele für fehlerhafte Aussagen

In Kapitel 4 von /3/ wird die falsche Begründung für die gewählte Verfahrenart angegeben. Das Zustimmungsverfahren ist gemäß QMV 04.3 /9/ nicht durchzuführen, weil inhaltliche Änderungen des strahlenschutzrelevanten betrieblichen Regelwerks und Änderungen an Genehmigungsunterlagen vorgenommen werden sollen, sondern weil unwesentliche Veränderungen die den QSB 3 betreffen, durchgeführt werden sollen.

In /25/ wiederholt der Antragsteller seine Begründung aus /3/ und ergänzt, dass die QSB-Einstufung der Ersatzlüfterbatterie in den QSB 3 nicht die Verfahrenart bestimme, da die Unterlagen selbst keine QSB-Zuordnung hätten. Entgegen dieser Einschätzung weise ich nochmals darauf hin, dass die korrekte Begründung „unwesentliche Veränderungen, die den QSB 3 betreffen“ lautet. Antragsgegenstand ist gemäß /25/ sowohl die Verlegung von Messstellen als auch die Implementierung der Hauptbewetterungseinrichtung. Die Änderungen des strahlenschutzrelevanten betrieblichen Regelwerks und der Genehmigungsunterlagen sollen nachfolgend in einem separaten Verfahren durchgeführt werden. Die Frage nach einer QSB-Zuordnung von diesen Unterlagen stellt sich somit im vorliegenden Änderungsverfahren nicht, da die Unterlagen derzeit nicht vorliegen.

Die Unterlage STS-FAW-020 /18/ wird in Kapitel 3 von /3/ fälschlicherweise als Genehmigungsunterlage bezeichnet.

Im Ergebnis meiner Prüfung stelle ich fest, dass dem Antrag auf Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung 037/2016 „Radiologische Messstellen bei Betrieb des Hauptgrubenlüfter und der Ersatzlüfterbatterie als Redundanz zum Hauptgrubenlüfter“ nicht zugestimmt werden kann.

III. Kosten

Die Kostenentscheidung beruht auf § 21 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 1a Satz 1 Nr. 2 und Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 5 Satz Absatz 1 Nr. 2 und 7 AtKostV. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

IV. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit,

Seite 8 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-669 vom 11.12.2017

Krausenstraße 17 - 18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag